

"Die Armutsdebatte hat für mich eine ethische Dimension"

Autor(en): **Alfirev-Bieri, Charlotte / Schmid, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **96 (1999)**

Heft 8

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-840532>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Die Armutsdebatte hat für mich eine ethische Dimension»

Interview mit SKOS-Präsident Walter Schmid

Walter Schmid, Chef des Amtes für Jugend- und Sozialhilfe der Stadt Zürich, leitet neu die Geschicke der SKOS. Das Aufbauen auf dem bestehenden Fundament des Fachverbandes der Sozialhilfe hat für ihn einen hohen Stellenwert. Er erwartet, dass sich die Diskussionen um die in den Richtlinien verankerten Beiträge verschärfen wird. Der Verband müsse diese Debatte aktiv aus der fachlichen Sicht mitführen, fordert Walter Schmid. Er zählt dabei auf die Unterstützung der mit den unmittelbaren Auswirkungen der Armut vertrauten Sozialhilfebehörden der Gemeinden.

ZeSo: *Die Mitgliederversammlung hat Sie am 27. Mai zum neuen Präsidenten der SKOS gewählt. Wird unter Walter Schmid eine neue Ära eingeleitet?*

Walter Schmid: Die SKOS braucht keine neue Ära. Ich sehe meine neue Aufgabe viel eher in der Fortsetzung der guten und wichtigen Arbeit, die der Verband bis heute geleistet hat. Der Wechsel von Andrea Ferroni zu mir wird nicht ein programmatischer Wechsel sein, sondern eine Fortsetzung des Bisherigen mit den nötigen Anpassungen an eine veränderte Umwelt. Die Kontinuität ist schon dadurch sicher gestellt, dass ich schon seit Jahren der Geschäftsleitung der SKOS angehöre und Andrea Ferroni und ich in vielen Fragen sehr ähnliche Auffassungen haben.

Wo beabsichtigen Sie, Ihre Schwerpunkte zu setzen und welche werden Sie als erstes in Angriff nehmen?

Vorerst müssen wir in einer kurzen Standortbestimmung die Ziele gemein-

sam festlegen. Dazu werden wir das Verbandskonzept aus dem Jahre 1995 überdenken. Die Geschäftsleitung sieht allerdings vier klare Schwerpunkte:

- die Weiterentwicklung der Richtlinien und der Sozialhilfepraxis,
- die Teilnahme an der sozialpolitischen Diskussion in diesem Lande,
- die Verbesserung der Dienstleistungen für unsere Mitglieder und
- die Notwendigkeit, das Thema der Armut in die öffentliche Debatte einzubringen.

Was heisst das nun konkret, z.B. bezogen auf die Weiterentwicklung der Richtlinien?

Die Richtlinien sind ein Markenzeichen der SKOS und ein entscheidendes Instrument für die Sozialhilfe. Ich erwarte, dass die Debatte um die Richtlinien sich verschärfen wird. Was die fachlichen Aspekte betrifft, stellen wir eine grosse Unterstützung und eine breite Akzeptanz der Richtlinien fest. Aber um die Höhe der Beiträge dürften sich politische Kontroversen ergeben. Wir werden als Fachverband diese Debatte mitführen. Wir halten fest, dass die SKOS-Richtlinien sich mit ihren Ansätzen eher am unteren Rand der verschiedenen Existenzminima in der Schweiz bewegen. Die Ansätze sind fachlich begründet. Letztlich kann aber die Höhe des sozialen Existenzminimums in einem Land nicht allein durch einen privaten Fachverband bestimmt werden. Es geht um eine politische Entscheidung. Da sind vor allem auch die Kantone und die Schweizerische Konferenz der Sozialdirektorinnen und -direktoren SODK gefordert. Unabding-

bar ist, dass es in der Schweiz eine einheitliche Unterstützungspraxis gibt. Eine Rückkehr zum Föderalismus, als jeder Kanton seine eigenen Unterstützungsrichtlinien kannte, ist für eine moderne Gesellschaft nicht denkbar. Die SKOS berücksichtigt regionale Unterschiede schon heute.

Wird in Zukunft das Anreizsystem stärker betont werden? Sollen Unterstützte für eigene Anstrengungen stärker belohnt werden?

Ich glaube, dass die Richtlinien in diese Richtung weiter zu entwickeln sind. Die der Frage der Anreize für die berufliche und soziale Integration muss angegangen werden. Wir arbeiten daran und werden Lösungen vorschlagen.

Ich möchte im Zusammenhang mit den Richtlinien noch auf einen Punkt hinweisen: Ich stelle fest, dass wir am Beispiel der Sozialhilfe Themen diskutieren, die eigentlich den ganzen Bereich der sozialen Sicherheit betreffen: etwa die Existenzminima. Sie tangieren nicht nur die Sozialhilfe sondern auch das betriebsrechtliche Existenzminimum, die Ergänzungsleistungen, die Stipendien und andere Bereiche. Es ist wichtig für die Sozialhilfe, diese Debatte nicht isoliert zu führen, sondern in den Gesamtzusammenhang zu stellen.

Die Richtlinien sind eine Dienstleistung des Verbandes für ihre Mitglieder im Sozialhilfealltag. Welche übrigen Dienstleistungen soll der Verband ausbauen?

In unserem föderativen System der Sozialhilfe haben die Gemeinden eine starke Position. Dieses System hat Schwächen, aber es hat auch unverkennbare Stärken. Ich stehe dazu, dass eine Sozialhilfe, die lokal organisiert ist, durchaus eine sehr

gute Lösung sein kann. Es braucht aber ein Korrektiv. Gemeinden müssen dort unterstützt werden, wo sie selber nicht in der Lage sind, die Probleme in zufriedenstellender Weise zu lösen. Vor allem brauchen die Gemeinden auch fachliche Unterstützung. Hier sehen wir die

In unserem föderativen System der Sozialhilfe haben die Gemeinden eine starke Position. Dieses System hat Schwächen, aber es hat auch unverkennbare Stärken.

Dienstleistungen der SKOS als entscheidenden Faktor. Mit den angebotenen Kursen, Tagungen, Informationsmitteln, in Zukunft vermehrt auch mit modernen Medien wollen wir die Gemeinden befähigen, ihre Aufgaben so gut als möglich zu lösen. Wir sind an einem intensiven Austausch mit unseren über tausend Mitgliedern interessiert. Auf die Anliegen der Praktikerinnen und Praktiker wollen wir möglichst gut eingehen und das bieten, was den Mitgliedern im Alltag nützt und ihnen die Arbeit erleichtert.

Sie haben die Dienstleistungen für die Gemeinden angesprochen. Wie werden die Dienstleistungen für die erst in den letzten Jahren zum Verband gestossene Mitgliederkategorie, für die privaten Werke, aussehen?

Die privaten Werke sind heute ein wichtiger Teil unserer Mitgliedschaft. Wir kommen nach einer Phase der Annäherung in eine Phase der verbindlichen Zusammenarbeit. Die privaten Werke können sich heute vermehrt einbringen und uns sagen, was sie vom Verband erwarten. Ich bin überzeugt, dass es viele gemeinsame Interessen der öffentlichen

und der privaten Träger in der Sozialhilfe gibt. Die SKOS wird wahrscheinlich in der Zukunft auch eine gewisse Differenzierung ihrer Angebote vornehmen und auf die jeweiligen Zielgruppen ausrichten. Wir sind mit den Spitzen der privaten Werke zusammen gesessen, um die gegenseitigen Bedürfnisse und Entwicklungsmöglichkeiten besser kennenzulernen. Die privaten Werke verfügen über viel Erfahrung und ein grosses Potential – Stärken, die wir für die Weiterentwicklung der Sozialhilfe und den Sozialbereich gemeinsam nutzen sollten.

In diesen Tagen ist bekannt geworden, dass die Lako¹ sich auflösen wird. Wird das die zukünftige Entwicklung der SKOS beeinflussen?

Ich glaube, dass der Entscheid der Lako richtig war. Wir haben heute Möglichkeiten, im Rahmen der SKOS Gesprächsforen zwischen öffentlichen und privaten

Für die SKOS ist zentral, dass sie aus der Sicht des Fachverbandes argumentiert und nicht parteipolitische Standpunkte vertritt.

Trägern bereit zu stellen und so einige Aufgaben zu erfüllen, die bisher von der Lako wahrgenommen wurden.

Wird die engere Kooperation mit den privaten Werken zur Folge haben, dass sich die SKOS stärker als bisher in der sozialpolitischen Debatte zu Wort meldet?

Die Beteiligung an der sozialpolitischen Debatte ist durch die SKOS nicht frei gewählt. Sie ergibt sich aus der Subsidiä-

rität der Sozialhilfe. Subsidiär heisst: sie hat immer dann Platz zu greifen, wenn die vorgelagerten Sozialversicherungen

Wir prüfen sozialpolitische Vorlagen auf ihre Auswirkungen auf die Sozialhilfe, auf die Menschen die am Rande des Existenzminimums leben oder bereits durch die Sozialhilfe unterstützt werden. Wir fragen, ob die Massnahmen der Existenzsicherung dienen und ob sie die soziale und berufliche Integration fördern. Und wir fragen nach den Auswirkungen auf die Finanzen der Sozialhilfe.

nicht greifen. Von daher ist es ganz normal, dass die Sozialhilfe sich an der Debatte beteiligen muss. Für die SKOS ist zentral, dass sie aus der Sicht des Fachverbandes argumentiert und nicht parteipolitische Standpunkte vertritt. In den Sozialhilfebehörden und in den Gremien der SKOS sind Personen aus allen politischen Parteien des Landes tätig. Der gemeinsame Nenner, der uns zusammenführt, ist die praktische Erfahrung, der Bezug zur Realität und sind die fachlichen Aspekte. Die fachliche Argumentation ist das Spezifische, das die SKOS in die sozialpolitische Debatte einbringen kann. Wir prüfen sozialpolitische Vorlagen auf ihre Auswirkungen auf die Sozialhilfe, auf die Menschen die am Rande des Existenzminimums leben oder bereits durch die Sozialhilfe unterstützt werden. Wir fragen, ob die Massnahmen der Existenzsicherung dienen und ob sie die soziale und berufliche Integration fördern. Und wir fragen nach den Auswirkungen auf die Finanzen der Sozialhilfe. Aus diesem Blickwinkel will sich

¹ Siehe auch Bericht zur Auflösung der Lako Sozialforum Schweiz auf Seite 121.

die SKOS in die sozialpolitische Debatte einschalten, ganz klar nicht aus einem parteipolitischen Blickwinkel. Aktuelle Beispiele sind die geplante IV-Revision, der Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen, eine allfällige weitere Revision der Arbeitslosenversicherung: Das sind Vorhaben die für uns von grosser Bedeutung sind.

Eine grosse Entlastung für die Sozialhilfe wäre auch, wenn bei den Familien- bzw. Kinderzulagen eine Annäherung an die soziale Realität erfolgen würde. Dieses Geschäft wird immer noch blockiert.

Tatsächlich ist im Bereich der Existenzsicherung der Familien ein grosser Handlungsbedarf vorhanden. Kinder und Familien sind sehr stark von Armut betroffen. Das erfahren wir in unserer praktischen Arbeit. Gleichzeitig fehlen sichtbare Bemühungen, dieses strukturelle Risiko aufzufangen. Ich denke dabei an die Gruppe der Working Poor – meistens handelt es sich hier um Familien –, ich denke aber auch an Einelternfamilien, wo Existenznöte sehr oft festzustellen sind. Es handelt sich hier um ein

Tatsächlich ist im Bereich der Existenzsicherung der Familien ein grosser Handlungsbedarf vorhanden. Kinder und Familien sind sehr stark von Armut betroffen. Das erfahren wir in unserer praktischen Arbeit. Gleichzeitig fehlen sichtbare Bemühungen, dieses strukturelle Risiko aufzufangen.

strukturelles Risiko, deshalb sollten die Massnahmen nicht über die auf individuelle Notlagen ausgerichtete Sozialhilfe erfolgen. In welcher Weise die Antwort

auf diese gesellschaftliche Frage erfolgen soll – über eine Verbesserung der Familienzulagen oder über eine Ausweitung der Ergänzungsleistungen –, das muss debattiert werden. Es gibt nicht einen Königsweg zur Lösung dieser Probleme. Die Sozialhilfe muss diese Probleme benennen und mithelfen, gute Lösungen zu finden.

Gerade bei den Familien- und Kinderzulagen wird oft das Versicherungsprinzip in Frage gestellt und es werden mehr bedarfsorientierte Lösungen verlangt. Die Zulagen sollen vorab denen zugute kommen, die darauf angewiesen sind. Wie stehen Sie zu einer Ausweitung des Bedarfsprinzips – auf dem die Sozialhilfe aufgebaut ist – auf die vorgelagerten Systeme der sozialen Sicherheit?

Ich glaube, dass diese Forderung durchaus ihre Berechtigung hat. Ich bin der Meinung, dass bei den heutigen finanziellen Realitäten ein weiterer genereller Ausbau der Versicherungsleistungen nur

Es geht bei den Sozialversicherungswerken auch darum, einem breiten Mittelstand die Möglichkeit zu geben, aus eigener Kraft seine Existenz zu sichern. Sie sollen die Solidarität unter den verschiedenen Gesellschaftsschichten stärken.

noch sehr beschränkt möglich ist. Wenn wir die Armut wirksam bekämpfen wollen, müssen wir uns stärker am Bedarf orientieren. Ich lasse aber nicht aus den Augen, dass die Sozialversicherungswerke auch einen generellen gesellschaftlichen Ausgleich zum Ziele haben. Sie sollen die Solidarität unter den verschiedenen Gesellschaftsschichten stärken. Es geht bei den Sozialversicherungswerken

auch darum, einem breiten Mittelstand die Möglichkeit zu geben, aus eigener Kraft seine Existenz zu sichern. Es wird die Kunst der Politik, eine Gratwanderung zwischen Wünschbarem und Möglichen sein, einerseits in der Armutsbekämpfung einen Weg zu finden und gleichzeitig den Zusammenhalt der Gesellschaft weiterhin zu sichern.

Als weiteren persönlichen Schwerpunkt haben Sie die öffentliche Debatte über die Armutsthematik genannt...

Ich sehe dies nicht nur als eine Aufgabe des Verbandes. Gerade die mit den praktischen Auswirkungen der Armut vertrauten Fürsorgebehörden der Gemeinden und Städte haben hier eine wichtige Rolle zu spielen. Sie müssen die Armut benennen und gegen das Ausgrenzen von ärmeren Bevölkerungsschichten aus der Gesellschaft antreten. Die Armutsdebatte hat für mich eine ethische Dimension. Wenn ein wachsender Teil der Ge-

Gerade die mit den praktischen Auswirkungen der Armut vertrauten Fürsorgebehörden der Gemeinden und Städte haben hier eine wichtige Rolle zu spielen. Sie müssen die Armut benennen und gegen das Ausgrenzen von ärmeren Bevölkerungsschichten aus der Gesellschaft antreten.

sellschaft ausgegrenzt ist und bleibt, ist dies für eine Gesellschaft sehr schädlich. Wir müssen dafür sorgen, dass möglichst

viele Menschen teilhaben können am gesellschaftlichen Leben. Es geht um mehr als die Verteilung von finanziellen Mitteln, es geht um einen Beitrag für eine intakte Gesellschaft.

Das grösste Risiko, als Gruppe dauernd aus der Gesellschaft ausgegrenzt zu werden, tragen wohl die Ausländerinnen und Ausländer. Auf welche Weise kann die Sozialhilfe zu ihrer Integration beitragen?

Ein grosser Teil unserer Klientinnen und Klienten sind Ausländer und Ausländerinnen. Aber nicht der Pass ist ausschlaggebend, sondern vielmehr die Ausbildung und die berufliche Qualifikation.

Wir müssen dafür sorgen, dass möglichst viele Menschen teilhaben können am gesellschaftlichen Leben. Es geht um mehr als die Verteilung von finanziellen Mitteln, es geht um einen Beitrag für eine intakte Gesellschaft.

Dies trifft auch für schlechtqualifizierte Schweizer und Schweizerinnen zu. Das Ziel muss sein, die Integration dieser Menschen – unabhängig ihres Passes – zu sichern und ihre berufliche Entwicklungen zu fördern. Wir zahlen in gewisser Weise den Preis für Fehlentwicklungen in der Beschäftigungspolitik früherer Jahre. Die Sozialhilfe muss dies thematisieren und für die Betroffenen Möglichkeiten zur Entwicklung und Integration aufzeigen.

Interview: Charlotte Alfrev-Bieri